

Mittwoch, 11. Dezember 1974

Blatt 3043

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Die neuen Gaspreise
Ortstaxe neu festgesetzt
Wiener Budgetdebatte

Kultur:
(gelb)

Bildfolgen aus einem Schauspielerleben

Sport:
(grün)

Jahresrückblick auf die Leistungen der Stadt
Wien für den Sport

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Kommunal:Spezialdebatte Soziales und Gesundheit
=====

Wien, 11.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat setzte Mittwoch die Budgetdebatte mit der Spezialdebatte Soziales und Gesundheit fort. GR. Krenn (FPÖ) machte darauf aufmerksam, daß trotz des ständigen Anstiegens der Diabetes- und Kreislaufferkrankungen die Wiener Gesundheitsbehörden nichts zur Aufklärung der Bevölkerung über deren hauptsächliche Ursache, die Übergewichtigkeit, tue. Mangelnde Aufklärung gebe es auch bei den Venerischen Krankheiten, die immerhin auch um 13 Prozent gestiegen seien.

Der Redner kritisierte weiter, daß trotz des nach wie vor bestehenden Mangels an praktischen Ärzten und Zahnärzten in Wien die Gesundheitsbehörden keine Förderungsmaßnahmen etwa für die Einrichtung effizienter und von den jüngeren Ärzten oft angestrebter Gruppenpraxen ergreife. Weiters prangerte Gemeinderat Krenn die Fehlplanung im AKH bei der Versorgung von Labors mit natürlichen Lichtquellen und die bereits zwölf Jahre dauernde Planung für das sozialmedizinische Zentrum Ost an. Er wies auch auf den Mangel an Notstromaggregaten in den Wiener Gemeindespitälern hin, der beim großen Stromausfall am 17. Jänner 1974 offenbar geworden sei.

Weiters richtete er eine Anfrage an den Amtsführenden Stadtrat, in welchen Spitälern solche Notstromeinrichtungen bereits vorhanden seien, beziehungsweise wann in jenen Anstalten, die noch nicht darüber verfügen, mit der Inbetriebnahme gerechnet werden könne.

Im Anschluß an eine Kritik an der zu langsamen Planung und zu geringen Dotation für Spitalsbauten beziehungsweise Pflegeheimbauten stellte Krenn namens seiner Fraktion zwei Anträge. Die für den Krankenanstaltenbau bereitgestellten Geldmittel sollten von 175,330.000 auf 250,330.000 Schilling erhöht werden. Desgleichen sollten die für den Pflegeheimbau vorgesehenen Mittel von 57,310.000 auf 123,310.000 Schilling erhöht werden. Die FPÖ-Fraktion mache ihre Zustimmung zum Budgetvoranschlag für diese Geschäftsgruppe von der Annahme der Änderungsvorschläge abhängig.

Krankenanstaltenplan festgestellt

GR. Dinhof (SPÖ) stellte fest, daß auch in einer Zeit des relativen Wohlstandes dem Sozialwesen und den Grundsätzen der Sozialpolitik große Bedeutung zukomme. Je eher man in der Lage wäre, die derzeit bestehenden sozialen Dienste auszubauen, desto eher könne man auch dem Problem der Pflegefälle in den Akutstationen der Krankenhäuser beikommen. Zu dem von Stadtrat Prof. Dr. Stacher angekündigten Krankenanstaltenplan: Dieser sei bereits fertiggestellt und werde nach entsprechender Diskussion der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Mit seiner Hilfe würde künftighin eine echte Budgetierung der Wiener Krankenanstalten möglich sein. Hier kritisierte der Debattenredner das bisher übliche "Gießkannenprinzip", das zufolge hatte, daß es in manchen Krankenanstalten oft bis zu 20 verschiedene Baustellen gab.

Wien wird im Jahre 1975 über 10.924 systemisierte Betten verfügen. Diese Betten können aber auf Grund von Um- und Zubauten, Urlaubs- und Reinigungssperren nicht voll ausgenutzt werden. Unter Bedachtnahme auf diese betriebsbedingte Bettenverminderung konnten dem Voranschlag 1975 daher nur 8.593 Betten zugrunde gelegt werden. Beim Personalproblem unterstrich Dinhof die Notwendigkeit der gerade in letzter Zeit sehr stark forcierten Aus- beziehungsweise Umbauten der Krankenpflegeschulen. Der Schülerstand in den sechs allgemeinen Krankenpflegeschulen und den drei Kinderpflegeschulen betrug im Oktober 1.360 Schüler und Schülerinnen, das sind um 161 mehr als im Vorjahr. Alle Schulplätze sind derzeit voll ausgenützt. Dazu kommen noch die Krankenpflegeschulen an den Psychiatrischen Krankenhäusern mit 118 Schülerinnen und Schülern. Gegenüber dem Vorjahr habe es wohl eine Personalvermehrung gegeben, die jedoch bedingt durch die intensivere medizinische Betreuung keine Lösung der Probleme gebracht hat. In diesem Zusammenhang wies er auch auf den hohen Anteil der beschäftigten Ausländer hin: Von den derzeit 6.049 diplomierten Krankenschwestern sind 420 (12,2 Prozent) Ausländer, die aus 24 (!) verschiedenen Ländern kommen. Bei den Stationsgehilfen beträgt der Anteil der Ausländer 20,5 Prozent, beim Küchenpersonal 61,9 Prozent, beim Haus- und Reinigungspersonal 56,4 Prozent. Diese Zahlen beweisen eindeutig, daß der Krankenanstaltenbetrieb ohne ausländische Arbeitskräfte kaum noch möglich wäre.

GR. Dinhof kündigte die Schaffung einer Krankenhauskommission und einer Pflegeheimkommission an. Aufgabe dieser beiden Kommissionen wird es sein, Vorschläge zur Verbesserung der medizinischen und sozialmedizinischen Betreuung auszuarbeiten. Es sei wohl richtig, daß die Planung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost eine sehr lange Zeitspanne in Anspruch genommen habe, doch seien unter Stadtrat Stacher diese Arbeiten forciert vorangetrieben worden. Im kommenden Frühjahr wird mit den Bauarbeiten begonnen, wobei als erste Bauetappe zunächst die Krankenpflegeschule und dann das Pflegeheim mit 441 Plätzen errichtet werden wird. Mit dem Baubeginn des Betagtenheimes Süd mit 1.000 Plätzen wird im kommenden Jahr bei Fertigstellung der beiden Heime der derzeitige Fehlbestand an Betten gedeckt sein.

Zu den Vorwürfen bezüglich der fehlenden Notstromaggregate: Auf Grund der Initiative von Prof. Stacher seien die dafür notwendigen finanziellen Mittel zum Teil bereits bewilligt worden, zum Teil sind sie im vorliegenden Budgetvoranschlag enthalten.

Es sei klar, daß es auf dem Sektor des Gesundheitswesens keine Frage der wirtschaftlichen Rentabilität geben könne, sondern daß hier der Abgang von zirka 2,5 Milliarden Schilling eine Leistung aller für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt, meinte Dinhof abschließend.

Kritik an Sozialaktionen

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) bedauerte es, daß durch die Erhöhung des Grundtarifs beim Strombezug vor allem der sozial schwache Bevölkerungsteil betroffen werde. Nach dem Motto: Ob du sparst oder nicht - mehr muß auf jeden Fall bezahlt werden.

Einer von der Arbeiterkammer durchgeführten Armutsstudie könne entnommen werden, daß in Wien 231.500 Menschen leben, die mit 1.042 Schilling im Monat auskommen müssen, für 76.500 Wiener betrage das Monatseinkommen 1.625 Schilling. Jede Erhöhung der Inflationsrate treffe diese Menschen besonders hart.

In einem Antrag wird Prof. Dr. Stacher aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten einen Sozialplan vorzulegen, auf welche Weise vor allem den alten Menschen und den kinderreichen Familien geholfen werden könne.

GR. Gertrude Härtel kam dann auf die alljährlich durchgeführte Schiffahrt für Altersheiminsassen zu sprechen und bezweifelte den Erholungswert dieses Donauausflugs, weil die Teilnehmer bereits um vier Uhr früh aus den Betten müßten, um rechtzeitig beim Schiff zu sein. Vielleicht könnte man die Altersheiminsassen einen Ausflug mit der Eisenbahn unternehmen lassen.

Für die Besitzer von Pensionistenausweisen schlug die Rednerin vor, Kinobesuche zum halben Preis mit den noch bestehenden Kinos zu vereinbaren.

Mit dem Männerheim in der Meldemannstraße, das zur Zeit mit einem Kostenaufwand von fünf Millionen Schilling umgebaut wird, hätten die Bewohner der Brigittenau wenig Freude. Es wäre wünschenswert, das Heim in ein weniger dicht besiedeltes Stadtgebiet zu verlegen. Der Komplex in der Meldemannstraße könnte in ein Pensionistenheim umgewandelt werden.

Auf der Baumgartner Höhe entsprechen die Pavillons nicht den Anforderungen, die man an Unterkünfte für psychisch gestörte Menschen stellen müsse. In der Psychiatrischen Krankenanstalt Ybbs gehe der Einbau der Zentralheizung viel zu schleppend vor sich.

Abschließend stellte die Rednerin fest, daß der Rettungsdienst nicht viel verbessert werden konnte. Es fehlten noch immer 15 Einsatzwagen, und nicht jeder Rettungswagen sei mit einem Arzt besetzt.

Vorsorge für Gruppenpraxen

Zu der Kritik von GR. Krenn (FPÖ), daß in Wien für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zu wenig getan werde, nahm GR. Maria Szöllösi (SPÖ) Stellung. Es sei richtig, daß die ärztliche Versorgungslage in Wien unterschiedlich ist. Der größte Ärztemangel besteht in den Bezirken 10., 11., 20., 22. und 23.

Während etwa im 1. Bezirk auf 600 Einwohner ein praktischer Arzt kommt, sind es im 11. Bezirk 2.290 Einwohner. In den genannten Bezirken muß daher bei Neubauten dringend die Form der Praxisgemeinschaften eingeplant werden. Das geschieht auch bereits: Im Simmeringer Amtshaus wurden Räume für eine Gruppenpraxis vorbereitet, in einer neuen großen Wohnhausanlage in Floridsdorf, Mitterhofergasse, ist eine Gruppenpraxis bereits eingeplant. Allerdings hängt die ärztliche Versorgung nicht allein von der Vorsorge der Gemeinde Wien ab. Eine Umfrage unter jungen Ärzten ergab nämlich, daß von 72 Jungärzten 45 nicht in die Praxis gehen wollen.

GR. Szöllösi beschäftigte sich dann ausführlich mit den zahlreichen Gesundheitseinrichtungen der Stadt, die im starken Ausmaß von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Bei der vom Gesundheitsamt alljährlich durchgeführten Polioimpfaktion allerdings sei heuer eine Impfmüdigkeit festzustellen, womit der Erfolg in Frage gestellt wird. Hatten sich 1973 noch 47.296 Personen impfen lassen, so waren es heuer nur 23.967 Personen. Mit guten Erfolgen schneiden die Spezialberatungsstellen für Drogenabhängige, für Alkoholabhängige und die neu eingerichtete Raucherberatung ab. Mit Stolz erfüllen können die Leistungen des schulärztlichen Dienstes, in dessen Rahmen Gesundheitsstadtrat Stacher heuer erstmals die Rötelnimpfung eingeführt hat. Insgesamt wurden heuer vom schulärztlichen Dienst mehr als 108.000 Kinder untersucht. Auch die Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind wurde stark in Anspruch genommen: In den 58 Mutterberatungsstellen und in den drei Beratungsstellen für Gastarbeiter wurden mehr als 68.000 Beratungen durchgeführt. 6.099 Frauen haben die Schwangerenberatungen aufgesucht. Das Gesundheitsamt führte überdies, so wie im Vorjahr, eine Grippeimpfaktion durch. Die Rednerin würdigte abschließend die Leistungen des Rettungsdienstes, der heuer bereits mehr als 34.000 Ausfahrten zu bewältigen hatte und des Krankenbeförderungsdienstes mit mehr als 52.000 Fahrten.

Kritik an Behindertengesetznovelle

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) unterzog den Entwurf einer Behindertengesetznovelle, der sich derzeit in der Begutachtung befindet, einer teilweisen Kritik. Nach den finanziellen Erläuterungen dieses Entwurfes werden für die Aufgaben der Be-

hindertenhilfe 16 Millionen mehr erforderlich sein. Im Budget ist jedoch nur eine Erhöhung von 5,5 Millionen vorgesehen. Weiter sehe das neue Gesetz die Errichtung von sogenannten geschützten Werkstätten und eigenen Heimen für Behinderte vor, aber gleichzeitig sei den Erläuterungen zu entnehmen, daß die Stadt Wien solche Einrichtungen nicht als Verpflichtung ansehe. Daß die Stadt Wien damit die Durchführung des Gesetzes von vornherein nicht in Betracht ziehe, meinte die Rednerin, sei als neuer Stil der Sozialpolitik anzusehen. Im Entwurf der Novelle sei schließlich ein Pflegeentgelt für Bedürftige vorgesehen. Dr. Flemming schlug vor, solche Zuwendungen in das Sozialhilfegesetz zu integrieren, um Überschneidungen zu vermeiden.

Betreuung alter Menschen

GR. Eveline Anderlik (SPÖ) beschäftigte sich in ihrem Debattenbeitrag vornehmlich mit der Betreuung alter Menschen und hob hervor, daß die Mittel für die Heimhilfe und die Hauskrankenpflege im kommenden Jahr um 65 Prozent angehoben würden. 580.000 Pflegestunden könnten daher geleistet werden. Die Zahl der Pensionistenklubs werde um fünf auf 140 vergrößert.

Ausgleichszulagen

Ihr Fraktionskollege Anton Windhab sprach zunächst über die Sozialdienste der Stadt und dann davon, daß der Richtsatz der Ausgleichszulage während der Regierungszeit Kreiskys um 80 Prozent erhöht worden sei. Was Wien angehe, gelten hier die gleichen Richtsätze für die Ausgleichszulagenbezieher wie bei der Pensionsversicherung, was zufolge hat, daß in allen anderen Bundesländern die Richtsätze um 17 bis 33 Prozent geringer seien.

Kritik

Stadtrat Walter Lehner (ÖVP) replizierte zunächst auch einige sozialistische Vorredner und meinte, dem Gesundheitsressort sei früher viel weniger Geld zur Verfügung gestellt worden. Auch was das Krankenhaus Wien-Ost angehe, so sei dessen Raum- und Funktionsplan unter Stadtrat Dr. Glück bereits 1972 fertiggestellt gewesen und trotz Glücks Urgenzen sei nie die Detailplanung in Angriff genommen worden.

Auch die heuer erstmals durchgeführte Rötelnimpfung gehe auf den früheren ÖVP-Stadtrat zurück, wie auch etliche Elemente des nun vorgelegten Gesundheitsberichtes aus der Ära Glück stammten.

Lehner fragte sodann, ob es stimme, daß das Krankenhaus Rudolfsstiftung deshalb nicht fertiggestellt werden könne, weil die gemeindeeigene Firma Odelga ihren Lieferverpflichtungen nicht nachkomme. Darüber gäbe es zwei Gerüchte: Die Odelga exportiere zuviel oder aber die Stadt habe bei der Firma bereits so hohe Schulden, daß sie nicht mehr liefern wolle.

Als ein Debakel bezeichnete es Lehner, daß im kommenden Jahr für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses als 19. Bau-rate von der Stadt lediglich 290 Millionen S zur Verfügung gestellt würden. Und dies, obwohl im Spitzenausschuß für das kommende Jahr 950 Millionen S beschlossen worden seien. Aber weil der Bund seinen 50prozentigen Anteil einfach skrupellos gekürzt habe, sei Wien diesem schlechten Beispiel gefolgt, so daß dem AKH lediglich insgesamt 580 Millionen Schilling zur Verfügung stünden. Der Bund habe darüber hinaus den ebenfalls paktierten Dezember-Beitrag von 107 Millionen Schilling nicht bezahlt, sondern nur 20 Millionen Schilling bereitgestellt. Durch die Reduktion würden vor allem der Ausbau der Kinderklinik und der Psychiatrie betroffen, weil für beide statt der 240 benötigten Millionen S nur 140 Millionen bereitgestellt werden könnten. "So schlecht ist Wien vom Bund noch nie behandelt worden".

Mehr Geld

GR. Krenn (FPÖ) meldete sich noch einmal zu diesem Kapitel und beschwerte sich darüber, daß der Krankenhausplan von Stadtrat Stacher nicht dem Ausschuß vorgelegt worden sei. Seine Fraktion habe zudem in den letzten Jahren oft genug mehr Geld für das Krankenhaus Ost und das Altersheim Süd verlangt.

Antworten

Stadtrat Dr. Stacher kam auf die Notstromsituation in den Wiener Spitälern zurück und erklärte, es hätte bereits unter seinem Vorgänger einen Vorfall à la Glanzing gegeben, ohne daß daraus Konsequenzen gezogen worden wären. Er hingegen habe sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet.

Was die Finanzierung des Krankenhauses Ost und des Alterheimes Süd angehe, so seien im laufenden Budget die Planungsraten auf je 14 Millionen S erhöht worden. Für das kommende Jahr stünden 60 respektive 65 Millionen S zur Verfügung. Zur Präsentation des Krankenhausplanes habe er alle Ausschußmitglieder eingeladen gehabt. Bezüglich der Armutsstudie müsse man berücksichtigen, daß die Zahlen aus dem Jahr 1971 stammten und seither die Einkommen ja spürbar erhöht worden seien. Schließlich erklärte Stacher noch, als er sein Amt angetreten habe, seien in den psychiatrischen Krankenhäusern Wiens täglich im Durchschnitt 50 Patienten auf Matratzen gelegen, weil die Betten nicht ausreichten. Dies sei seit einem halben Jahr nicht mehr der Fall. Der Gesundheitsstadtrat gab abschließend noch bekannt, in den Wiener Krankenpflegeschulen seien jene rund hundert Schüler untergebracht worden, die in den niederösterreichischen Schulen nicht mehr hätten aufgenommen werden können.

Rede und Gegenrede

Amtsführender Stadtrat Mayr (SPÖ) erinnerte zu den Ausführungen von Stadtrat Lehner über das AKH daran, daß ein Vertrag mit dem Bund besteht, dessen Bestimmungen einzuhalten sind. Was die säumigen Zahlungen seitens des Bundes betrifft, so soll der ausständige Betrag für heuer in der Höhe von 99 Millionen S in den nächsten Tagen überwiesen werden. Dazu kommt dann die 99 Millionen von der Gemeinde Wien, womit alle Verpflichtungen für heuer erfüllt werden können.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) wies in einer neuerlichen Wortmeldung die gegen den früheren Gesundheitsstadtrat Dr. Glück erhobenen Vorwürfe der versäumten Maßnahmen auf dem Gesundheitssektor zurück. Ihrer Meinung nach habe es dafür stets an den nötigen finanziellen Mitteln gefehlt.

Stadtrat Stacher meldete sich erneut zu Wort. Er bezeichnete die Umwandlung von großen Krankensälen in kleinere Krankenzimmer mit vier bis sechs Betten als ein langfristiges Ziel. Zur Situation der I. Unfallchirurgischen Abteilung im AKH: Die Zustände an dieser Abteilung sind bereits seit Jahren katastrophal. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß man bemüht gewesen wäre, hier möglichst rasch eine Lösung zu finden. So sei geplant gewesen, eine Unfallchirurgie im Krankenhaus Lainz - voraussichtlicher Kostenpunkt 150 Millionen S - zu errichten.

Diese Lösungsmöglichkeit ist jedoch bisher am Widerstand des Professorenkollegiums gescheitert.

Spezialdebatte - Stadtgestaltung und Verkehr

Zum Thema Stadtgestaltung und Verkehr sprach als erster Redner GR. Hirnschall (FPÖ) und befaßte sich mit dem Ausbau der Wiener Vorortelinie zu einer leistungsfähigen S-Bahn. Er stellte fest, daß in diesen Belangen die Gemeinde Wien und der Bund keine gemeinsamen Vorstellungen hätten. Seine Fraktion hätte schon öfter konstruktive Vorschläge gemacht. Eine Studie über Frequenzerwartungen - die ursprünglich als unrentabel bezeichnet worden war - sei nun abgeschlossen. Die Frequenz erwies sich zwar als gering, doch könne man sie als durchaus rentabel bezeichnen. Es wurde festgestellt, daß in den Früh- und Abendstunden je vier Garnituren völlig ausgelastet sein würden.

Der Redner gab schließlich seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Ausbau der S-Bahn den "Fahrgastschwund" bei den Verkehrsbetrieben nicht nur auffangen, sondern sogar eine Trendumkehrung herbeiführen könne. Voraussetzung für den Verkehr in Ballungsräumen sei die Schaffung eines Verkehrsverbundes mit Fahrplan-system und Tarifsystem.

Hirnschall kritisierte die Planung der Autobahn bei der Traisengasse. Jetzt sollte man sich genau überlegen, wo man wirklich die Autobahn haben wolle. Diese Planung sei jedenfalls eine Isolierung der Autobahn vom übrigen Straßennetz.

U-Bahn-Bau sichert Arbeitsplätze

GR. Holubarz (SPÖ) wandte sich dem U-Bahn-Bau zu. Bisher wurden eine Million Kubikmeter Erde ausgehoben. Das ergebe einen Frachtzug von 600 Kilometer Länge. Gewiß, so betonte der Redner, sei es zu unangenehmen Behinderungen gekommen, doch sollte man auch sehen, daß der U-Bahn-Bau, auch während der Bauzeit, Positives gebracht hat. So sind bereits 55 Waggons für die U-Bahn, im Werte von über einer Milliarde, in Auftrag gegeben worden.

Der "Silberpfeil", wie der erste U-Bahn-Zug genannt wird, sei von Arbeitern, Angestellten und Technikern der Simmeringer Waggonfabrik gebaut worden. Er kann als der leiseste U-Bahn-Zug Europas bezeichnet werden. Darüber hinaus, sagte Holubarz, wird die Industrie weitere Aufträge erhalten. Der Bau der U-Bahn wird aber auch eine Schlüsselstellung für viele kleinere Betriebe sein.

Holubarz sprach dann noch über die Fußgängerzonen, die anfangs mit Skepsis aufgenommen wurden, heute aber zu den beliebtesten Gegenden Wiens zählen. Man müßte weitere Gebiete Wiens zu Fußgängerzonen machen.

Kritik an U-Bahn-Planung

Die Finanzierung des U-Bahn-Baues sei im kommenden Jahr nicht ausreichend gesichert, kritisierte GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP). Trotz enormer Baukostensteigerungen sei die Höhe des Gesamtbeitrages gleich geblieben. 1975 werde daher weniger gebaut als 1974 und das trotz der Beteuerungen der SPÖ-Vertreter, daß alles getan werde, um der Bevölkerung möglichst rasch ein zusätzliches, attraktives Massenverkehrsmittel anzubieten. Auswirkungen des Sparens am falschen Platz seien schon jetzt zu bemerken: Der Bauabschnitt 4 der Linie U 1 sei wegen Geldmangels zeitlich verschoben worden. Dieser Abschnitt, der vom Nestroyplatz bis zum Praterstern reicht, werde wesentlich später als vorgesehen fertiggestellt werden können.

An der Gesamtkonzeption kritisierte Mayr, daß sich die Stadtplanung um die Vorschläge der österreichischen Bundesbahnen, das innerstädtische Eisenbahnnetz teilweise als Schnellbahnnetz auszubauen, zu wenig gekümmert habe. Dadurch sei die Chance vertan worden, auf der Stadtbahntrasse der künftigen U 4 einen Schnellbahnast aus dem Westen über Hütteldorf bis zur Landstraße zu führen.

Nach Mayr fehlten wichtige Beschlüsse über Detailprojekte der Wiener U-Bahn. Die Entscheidung über die endgültige Trassenführung der U 3, der U 6 und über die Art der Weiterführung der U 1 vom Praterstern nach Kagran stünden noch aus. Mayr kritisierte besonders die Diskussion über eine eventuelle Tieflage der U-Bahn im Bereich Praterstern-Kagran. Die Hochlage biete viel mehr Vorteile. Am anderen Ende der U 1 sei verabsäumt worden, die Trasse bis nach Ober-Laa zu verlängern. Bei der derzeitigen

Endstelle der U 1 am Reumannplatz hätte man schon mit dem Bau der Tiefgarage beginnen müssen.

Die Unsicherheit bei der Gestaltung des Karlsplatzes, die Fehler beim Wohnbau - große Siedlungen würden oft ohne Anbindung an leistungsfähige Massenverkehrsmittel errichtet - seien weitere Beispiele für die Konzeptlosigkeit.

Im Zusammenhang mit der Stadterneuerung regte Dr. Mayr an, alle Gesetze aufeinander abzustimmen, um Pannen zu vermeiden. Im übrigen sei die Richtigkeit der Anträge seiner Partei im Zusammenhang mit dem Stadterneuerungsgesetz durch die praktische Erfahrung der Stadtplanung im ersten Assanierungsgebiet Wiens in Ottakring voll bestätigt worden.

Wiener Verkehrsprobleme lösbar

GR. Stockinger (SPÖ) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Verkehrsproblemen. Obwohl mit einer weiteren starken Zunahme des Autoverkehrs gerechnet werden muß, sind die Probleme lösbar - allerdings wird man keine Stadtviertel niederreißen, um die "autogerechte" Stadt zu schaffen, sondern man wird, dem Arbeitsprogramm der Sozialisten entsprechend, den Verkehr nach einer "menschengerechten" Stadt ausrichten.

Für den Wirtschaftsverkehr ist das Auto notwendig, erklärte der Redner, und für den Freizeit- und Erholungsverkehr bequem. Aber im Stadtzentrum und in den Spitzenverkehrszeiten muß den öffentlichen Verkehrsmitteln der Vorzug gegeben werden. Der Ausbau des übergeordneten Straßennetzes wird daher weiterhin konzeptmäßig verfolgt werden. Dafür stehen im kommenden Jahr neben den 730 Millionen S aus dem Bundesbudget 200 Millionen im Wiener Budget zur Verfügung. Sollen jedoch die öffentlichen Verkehrsmittel zu den Verkehrsspitzen ihre Aufgabe bewältigen, muß ihre Attraktivität großzügigst vermehrt werden. Dazu wird das U-Bahn-Grundnetz wesentlich beitragen. Aber auch der weitere Ausbau des Schnellbahnnetzes ist vorgesehen: Zu den konkreten Plänen zählt die Errichtung der S-Bahn-Station Großfeldsiedlung, der viergleisige Ausbau der Strecke Hetzendorf-Liesing und der Ausbau der Ostbahn als S-Bahn-Strecke nach Floridsdorf. Langfristig ist der S-Bahn-Betrieb zwischen Penzing und Meidling und in weiterer Folge auf der Vorortelinie in Planung. Die Voraussetzungen dafür sind die Elektrifizierungsarbeiten, die nun vorangetrieben werden.

Was das kurzfristiger zu erfüllende Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe betrifft - Sperrlinien, Stuttgarter Schwellen an den Gleisen, steuerbare Verkehrsampeln - wurde die Baudirektion angewiesen, zwei Musterlinien der Straßenbahn zu projektieren, damit der Beweis für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen geliefert werden kann.

Vorwurf: Konzeptlosigkeit

GR. Dr. Ebert (ÖVP) erklärte, Wien sei wahrscheinlich die einzige Großstadt der Welt ohne Verkehrskonzept und ohne Konzept für die gesamte Verbauung. Es würden immer nur Einzelmaßnahmen gesetzt. Diese Konzeptlosigkeit sei an zahlreichen Mißständen und Fehlplanungen schuld: So verfügten die neuen Wohnbereiche am Stadtrand nicht über die entsprechende Infrastruktur. In diesem Zusammenhang kritisierte Ebert, es würde dem Konsum, den vor allem Vizebürgermeister Pfoch sehr protegiere, bei der Vergabe von Baurechtsgründen eine monopolartige Sonderstellung eingeräumt, die als Geschenk aus dem Steuertopf qualifiziert werden könnte. Auch bei den Problemen der dicht verbauten inneren Bezirke mangle es an herzhaften Lösungen. Obwohl immer mehr kleine Geschäfte zusperreten, würden in Vösendorf und in Wien selbst riesige Großmärkte errichtet, während alle anderen Länder von solchen Lösungen längst abrückten.

Die Stadtverwaltung werde auch einmal Farbe bekennen müssen, was mit dem Gürtel geschehen soll, fuhr Ebert fort. Der Wirtschaftsverkehr in seiner Gesamtheit schein überhaupt in keinem Konzept auf. Die immer größeren Erschwernisse würden natürlich über den Preis vom Konsumenten bezahlt und daran sei die SPÖ im Rathaus mitverantwortlich. Für Park-and-ride sei im Budget nicht ein Groschen vorgesorgt, das Straßenbaubudget gehe zurück, die U-Bahn werde viel zu spät gebaut und alles in allem seien die Sozialisten im Rathaus um hundert Jahre zurück (lange Zwischenrufe bei der SPÖ).

Leistungsfähige Straßen

GR. Schemer (SPÖ) meinte als nächster Debattenredner, daß mindestens eine Million Wiener am Auto Interesse hätten und daher nicht von einer Minderheit gesprochen werden könne. Schließlich seien in Wien rund 420.000 PKWs zugelassen. Im Interesse der

Wohnviertel müßte der Verkehr gebündelt werden. Daher brauche man leistungsfähige Straßen. Die Zerstörung der Städte habe eigentlich im vorigen Jahrhundert begonnen, wobei es primär um den Bau von Repräsentationsgebäuden im Kernbereich und von Wohngebieten mit möglichst hoher Rendite in den peripheren Bezirken gegangen sei.

Was das Interesse der ÖVP an der Planung angehe, so müsse er feststellen, daß diese Partei früher die Planung grundsätzlich abgelehnt habe und die SPÖ ihrer Planungsfreundlichkeit wegen mit den Kommunisten gleichgesetzt habe. Das Stadterneuerungs- und Assanierungsgesetz sei durch die Blockade der ÖVP um etliche Jahre zu spät gekommen, so daß leider weiterhin an der Stadterweiterung gearbeitet werden müsse. Die neuen Gesetze im Interesse einer Stadterneuerung würden erst in einigen Jahren zum Tragen kommen.

Für die Wirtschaft meinte Schemer, habe die Stadtverwaltung bis 1973 rund fünf Millionen Quadratmeter Betriebsbau- gebiet erschlossen und dafür 774 Millionen Schilling aufgewendet (Dr. Ebert: "Das zahlen ja die Firmen".).

"Reißbrett-Planung"

GR. Jedletzberger (ÖVP) bemängelte an der Planung, daß sie oft nur auf dem Reißbrett erfolge, ohne auf bestehende Einrichtungen Rücksicht zu nehmen. So sei im 21. Bezirk im Verlauf der künftigen U 7 ein U-Bahn-Bahnhof in einem intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebiet geplant. Es sei zu hoffen, daß eine andere Trassenführung gefunden werden könne.

Im Projekt der Autobahn zum Flughafen sei eine Brücke vorgesehen, die keinerlei Zweck habe, weil es keine Straße gibt, die darüberführen könnte.

In Ballungszentren - wie in der Großfeldsiedlung und in Simmering - hätten Jugendliche zu wenig Betätigungsmöglichkeiten, so daß die Jugendkriminalität erschreckend ansteige. Hier könnten Sportplätze Abhilfe schaffen.

Die Wichtigkeit der Landwirtschaft für Wien illustrierte GR. Jedletzberger durch folgende Zahlen: 57 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt, 19 Prozent sind Forste und 24 Prozent Bauareal. Nicht weniger als 70 Prozent des Frischgemüses für Wien werde von hier ansässigen Gärtnern produziert. ./.

Abschließend gab GR. Jedletzberger der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Ostliberalisierung, die mit 1. Jänner 1975 in Kraft tritt, landwirtschaftliche Produkte so billig angeboten werden könnten, daß die Wiener Gärtner wirtschaftlich geschädigt werden.

"Ankündigungspolitik"

GR. Hahn (ÖVP) begann seinen Debattenbeitrag mit der Feststellung, daß die von den Sprechern aufgeworfenen Fragen nicht immer mit der erwünschten Präzision beantwortet würden. Im Zusammenhang mit der Demolierung der Jubiläumshäuser in Ottakring sei noch vieles ungeklärt. Er rief in Erinnerung, daß der Komplex von Kommerzialrat Babak um 1,8 Millionen Schilling gekauft und eineinhalb Jahre später an eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft weiterverkauft worden sei.

Als von der ÖVP die Schaffung einer Auskunftsstelle über Assanierungsangelegenheiten gefordert wurde, sei dieser Antrag zunächst abgelehnt worden. Später wurde er jedoch insofern erfüllt, als die Stadtverwaltung einen Informations-Autobus in das Ottakringer Assanierungsgebiet schickte. Es sei wichtig, mit den betroffenen Mietern zu sprechen - wenn auch gegenwärtig gar nicht die Mittel vorhanden seien, um die Assanierung in nächster Zeit zu beginnen.

Nach einer Anfragenbeantwortung vom Juni 1974 befinden sich 492 Althäuser im Besitz der Gemeinde Wien, darin 1.420 Mietobjekte leer stehen. Allerdings sei noch nicht erhoben, wieviele dieser Wohnungen verbessert werden können, damit man sie wieder vermieten kann.

Abschließend kam der Klubobmann der ÖVP auf das vor zwei Wochen mit großem publizistischen Aufwand veröffentlichte Projekt Freyung zu sprechen. Ankündigungspolitik werde gegenwärtig bekanntlich groß geschrieben - der Aufwand sei aber nicht gerechtfertigt, wenn keine Gewähr besteht, die Realisierung des Projekts in den nächsten zwei, drei Jahren zu beginnen. GR. Hahn gab seiner Hoffnung Ausdruck, von Bürgermeister Gratz näheres über die Finanzierung dieses Großprojektes zu erfahren.

./.

Antworten

Da in der Debatte über die Geschäftsgruppe V einige Fragen an den Amtsführenden Stadtrat gestellt wurden, meldete sich Ing. Fritz Hofmann zu Wort. Er wies den Vorwurf von Präsident Hahn zurück, die SPÖ-Fraktion habe ein gutes Verhältnis zu Grundstücksmaklern. Der von Hahn zitierte Kauf der sogenannten Jubiläumshäuser sei im zuständigen Ausschuss einstimmig beschlossen worden, auch mit den Stimmen der ÖVP. Diese Feststellung sei im Interesse der Steuerung der Wahrheit absolut notwendig.

Einen Großteil der Kritik an der Planung wertete Hofmann als Mißverständnis. An Dr. Hirnschall gewandt: Der Neubau auf dem Gelände des Franz Josefs-Bahnhofes werde so geplant, daß die Bahnhofsobjekte selbst bei einer anderen Trassenführung für andere Zwecke verwendet werden können. Die Wiental-Autobahn - Hirnschall könne sich durch Planunterlagen davon überzeugen - werde auf keinen Fall den Charakter einer Freilandautobahn haben, sondern städtischen Bedürfnissen angepaßt sein. Hofmann ersuchte Dr. Hirnschall, ihm eine Trassenführung für die sogenannte Lobau-Autobahn zu nennen. Die Wiener Stadtplanung glaube, auf den Außenring verzichten zu können. Niederösterreich bestehe auf einer Schließung des Ringes, habe sich jedoch bisher nicht bereit erklärt, selbst eine Trassenführung vorzuschlagen.

An die Adresse Dr. Mayr gewandt: In der nächsten gemeinderätlichen Planungskommission werde ein Netzplan vorgelegt werden, der die geänderte Trassenführung der U 3 berücksichtige. Nahezu alle Planungen in Wien seien immer im Einvernehmen mit der Kammer erfolgt - und auch Dr. Mayr könne eigentlich nicht so unwissend sein, wie er es im Gemeinderat gern vorgebe. Zu dem Vorwurf, die großen Wohnsiedlungen seien an keine Massenverkehrsmittel angebunden: Die Großfeldsiedlung besitze einen Anschluß an die Schnellbahn. An die Adresse Dr. Ebert gewandt: Er solle damit aufhören, die Bewohner der Großfeldsiedlung zu diskriminieren und die Situation so darzustellen, als wohnten in diesem Gebiet ausschließlich jugendliche Kriminelle und psychisch Labile. Auch die Behauptung, daß keine Infrastruktur vorhanden sei, stimme nicht. Rund 100 Geschäfte bewiesen das Gegenteil, Arbeitsplätze seien in nächster Umgebung geschaffen worden.

Hofmann bezichtigte die ÖVP der Doppelzüngigkeit und versuchte dies, an einem konkreten Beispiel zu beweisen. Dr. Ebert habe die

Tatsache, daß die Donauufer-Autobahn noch nicht fertig sei, als Versagen der Planung klassifiziert, andererseits hätten die ÖVP-Funktionäre in der jüngsten Vergangenheit alles dazu getan, um Bürgerinitiativen gegen die Errichtung dieser neuen Verkehrsader zu stärken und zu ermutigen.

Auch der Vorwurf, daß für den Straßenbau im kommenden Jahr zu wenig Geld vorhanden sei, stimme nicht. Durch die größere finanzielle Beteiligung des Bundes, die der sozialistischen Regierung zu verdanken sei, gebe es 1975 für den Straßenbau mehr Geld als in den früheren Jahren.

Spezialdebatte - Umwelt und öffentliche Einrichtungen

GR. Bauer (FPÖ) würdigte einleitend die besonderen Schwierigkeiten der Geschäftsgruppe "Umwelt und öffentliche Einrichtungen" und die faire Amtsführung des an ihrer Spitze stehenden Stadtrates. Positiv zu bewerten seien auch die Verabschiedung des Baumschutzgesetzes, oder etwa die Aktion "Autoabschleppen". Doch bemängelte der Redner, daß es kein Luftüberwachungsgesetz mit dem dazugehörigen Alarmplan gebe. Desgleichen fehle ein Luftreinhaltegesetz.

Weiter kritisierte der Redner, daß Wien den Möglichkeiten des "Recycling" noch immer kaum Aufmerksamkeit schenke. So habe etwa Frankreich durch das Wiederverwerten von Glas bereits eine Besserung seiner Außenhandelsbilanz erreicht, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland verwerten 36 bzw. 45 Prozent der Papierabfälle wieder. Die Stadt Lausanne habe zur Erleichterung der Wiederverwertung die Trennung des Mülls nach Papier, Glas, Kunststoffen und Metallen eingeführt. In Skandinavien wurden bereits 70 Prozent des Haushaltsmülls dem "Recycling" zugeführt. Von der Wiener Stadtverwaltung seien hingegen auf entsprechende Vorschläge nur negative Reaktionen erfolgt.

In Bezug auf die Bäderplanung kritisierte GR. Bauer das Vorgehen beim Projekt "Höpflerbad" in Wien-Atzgersdorf. Hier seien 1972, 73 und 74 erste Bauraten bewilligt worden und in einer Broschüre des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien von 1974 der baldige Baubeginn angekündigt worden, im Budgetvoranschlag 1975 finde sich aber keine entsprechende Post. Entweder müsse es sich bei diesem Vorgehen um einen Fall von Fehlplanung handeln oder aber um das Erwecken falscher

Hoffnungen in der Bevölkerung. Der Redner kritisierte weiter den schlechten und unrationellen Zustand der älteren Wiener Hallenbäder und die ungünstigen Öffnungszeiten. Er wies weiter darauf hin, daß in vielen Bezirken ein großer Nachholbedarf bestehe.

Auf den Presse- und Informationsdienst eingehend, erklärte GR. Bauer, daß die Budgetansatzsteigerung von seiner Fraktion lieber bei den Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen gesehen worden wäre. Neben sehr positiv zu bewertenden Produkten wie dem Wohnungstausch-Anzeiger und der Broschüre "Viel Freude mit ihrer Gemeindewohnung" habe der Informationsdienst auch etwa die Plakataktion "Bilanz für Wien" durchgeführt, die keinen Informationswert für die Wiener habe und als Parteipropaganda ein Mißbrauch von Steuermitteln darstelle.

Im Hinblick auf die Zeitschrift "wien aktuell": Es würde keinen großen Verlust bedeuten, wenn diese Zeitschrift in Zukunft nur mehr monatlich erscheinen würde.

Abschließend stellte GR. Bauer namens der FPÖ-Fraktion den Antrag, die Budgetmittel für den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien auf den Stand des Vorjahres zurückzukürzen.

Lob für Feuerwehr

GR. Nussbaum (SPÖ) würdigte die Leistungen der Wiener Feuerwehr, die auf ständig steigende Einsatzzahlen zurückblicken kann. Waren es 1967 rund 10.000 Einsätze, stieg diese Zahl 1973 auf 18.909 an, für 1974 werden es mehr als 19.000 Einsätze sein.

1973 betraf nur ein Viertel der Einsätze Brände, der Tätigkeitsbereich der Feuerwehr umfaßt immer mehr bau- und betriebstechnische Hilfeleistungen.

Um die Schlagkraft der Feuerwehr zu erhöhen, wurde in Zusammenarbeit mit privaten Firmen ein neues Rüstlöschfahrzeug entwickelt. Davon befinden sich bereits sechs im Einsatz, acht weitere sind in Bau.

Abschließend forderte der Redner ein zeitgemäßes Katastrophenschutzgesetz; es soll garantieren, daß im Bedarfsfall auch Firmen und die Bevölkerung zu Hilfeleistungen herangezogen werden können.

Wasserfragen

Als nächster Debattenredner wies GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) auf die Möglichkeit hin, daß auch die Stadt Wien die Möglichkeit habe, Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu erhalten. Allerdings werden diese Geldmittel nur für die Reinhaltung von Seen und fließenden Gewässer vergeben, der Bau der Großkläranlage falle nicht unter die Bedingungen. Die Fertigstellung dieser Kläranlage - sie wird die größte Europas sein - sei schon zwei Jahre im Verzug; wie man höre, sei sie ein Opfer der Stabilisierungsmaßnahmen geworden.

Ein Drittel des Wiener Trinkwassers wird gegenwärtig aus Uferfiltraten in Nußdorf und in der Lobau gewonnen. Über das Grundwasser im 20. und 21. Bezirk bestehen allerdings nur höchst lückenhafte Kenntnisse, obwohl das Gutachten eines Schweizer Wasserfachmanns eingeholt worden sei. Auch im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz, der tiefe Eingriffe in das Grundwassersystem des betreffenden Gebiets mit sich bringt, sei ein umfassendes hydrogeologisches Gutachten notwendig, weshalb GR. Dr. Strunz einen entsprechenden Antrag einbrachte.

Drei weitere Anträge betrafen das Thermalbad Ober-Laa, die Einberufung der Fachbeiräte und die Müllverbrennungsanlagen. Von den Liesing-Anrainern liegen Beschwerden über den Gestank des in diesen Wasserlauf eingeleiteten Mineralwassers vor; es sollte vor der Einleitung entgast werden.

Die Fachbeiräte für den Umweltschutz sind seit zwei Jahren nicht mehr einberufen worden.

Hinsichtlich der Müllverbrennungsanlagen lägen Gutachten vor, daß die Emissionen dieser Anlagen die erlaubten Grenzwerte überschreiten, weshalb der nachträgliche Einbau von Rauchwaschanlagen notwendig geworden sei.

Umweltschutz

GR. Braun (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit dem Umweltschutz und wies darauf hin, daß für dessen Belange im kommenden Jahr um 200 Millionen S mehr präliminiert seien als für heuer. Das Problem sei dabei nicht bloß in der Erhaltung einer natür-

lichen Umwelt, sondern auch in deren Erschließung beziehungsweise Gestaltung zu sehen. In einem Jahr jedenfalls seien in Wien 10.500 Bäume, 45.000 Sträucher und 2.500 Rosen gepflanzt sowie 305 Gartenbänke neu aufgestellt und über 1.500 repariert worden. Der Höhepunkt des gärtnerischen Wirkens in Wien sei ohne Zweifel die WIG 74 gewesen, die freilich von Anfang an ins Schußfeld der ÖVP und der ihr nahestehenden Massenmedien geraten sei. Und dies, obwohl international die WIG die höchste Anerkennung gefunden habe. Aber die ÖVP habe ja sogar am "Tag der offenen Tür" Wien und seine Verwaltung beschimpft. Braun erklärte zudem, es müsse auch die Bevölkerung für die Belange des Umweltschutzes mehr sensibilisiert und motiviert werden. Was schließlich das Baumschutzgesetz angehe, so stelle es einen großen Fortschritt dar, und habe nicht zuletzt dazu geführt, daß zumindest drei Millionen Schilling im Jahr für zusätzliche Baumpflanzungen zur Verfügung stünden.

Sperrfriedhöfe

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) beschäftigte sich mit dem Problem der sogenannten Sperrfriedhöfe. Viele alte Friedhöfe - wie etwa der Sankt Marxer Friedhof, der Heiligenstädter Friedhof oder der Stammersdorfer Ortsfriedhof - müßten als Kulturdenkmäler betrachtet werden. Der Redner brachte einen Antrag in Erinnerung, den die ÖVP vor einem Jahr gestellt hatte, und der eine Änderung der Stadtverfassung verlangte, um das Friedhofswesen als kulturelle Einrichtung zu verankern. Dieser Antrag habe keine Beachtung gefunden. Auch das Interesse kirchlicher Stellen an der Übernahme einiger der Sperrfriedhöfe sei seitens der Stadt Wien nicht aufgegriffen worden. Der Redner zitierte dann die eine Meldung der "Rathaus-Korrespondenz", in der darüber berichtet wurde, daß die Bezirksvertretungen die Aufschiebung der Friedhofssperre um 5 bis 10 Jahre verlangen können. Einige Bezirke - wie Währing, Donaustadt, Simmering, Hietzing - hätten dies bereits getan. Die VP-Fraktion schlage nochmals vor, den Bezirksvertretungen das Vorschlagsrecht über die Aufhebung der Sperre zu überlassen und Verhandlungen mit jenen Stellen aufzunehmen, die an der Übernahme alter Ortsfriedhöfe interessiert sind.

Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt

GR. Peska (SPÖ) erklärte, daß der Antrag auf die Auflassung von 16 der 46 Wiener Friedhöfe 1953 und 1965 von der ÖVP eingebracht worden war. Der Gemeinderat habe dann einstimmig beschlossen, die Beisetzungen auf diesen Friedhöfen mit Ende 1975 einzustellen, die Betreuung der Grabstellen jedoch noch bis 1985 zu ermöglichen. Später könnten aus den Friedhöfen Parkanlagen entstehen. Beispiele dieser Art seien heute der Währinger-, Schubert-, Waldmüller-, März-, Strauß- und Lannerpark.

Wünsche der Bevölkerung seien jedoch von den Sozialisten aufgegriffen worden. Stadtrat Schieder hat eine diesbezügliche Vorgangsweise in der zitierten Meldung der "Rathaus-Korrespondenz" aufgezeigt: Über Antrag der Bezirksvertretungen könne die Frist des Sperrtermins um 5 oder 10 Jahre verschoben werden. Auf Grund dieser Anträge werde dann der Gemeinderat darüber entscheiden. Eine totale Aufhebung der Sperre wäre jedoch problematisch, weil ein Zustand der Rechtsunsicherheit entstehen würde. Es sind inzwischen viele Exhumierungen vorgenommen und andere Grabstellen erworben worden. Zivilrechtsprozesse und Schadenersatzklagen würden die Wiener Gerichte jahrelang beschäftigen. Der Verwaltungsaufwand wäre ebenfalls enorm. Mehr als 35.000 Gräberkosten müßten neu berechnet werden. Dem Ausfall der 16 Friedhöfe mit einer Fläche von 284.000 Quadratmeter stehen bereits neue Erweiterungsflächen von 654.000 Quadratmeter gegenüber. Es gibt somit im Gesamtbereich der Stadt genügend Beerdigungsflächen.

Presse- und Informationsdienst

GR. Edlinger (SPÖ) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit der Problematik der informierten Öffentlichkeit. Er meinte, daß nur die volle Information über die Entscheidungskriterien dazu führen könne, was die Sozialisten anstreben: nämlich für eine Bevölkerung zu arbeiten, die nicht nur alle fünf Jahre sagt was sie denkt, sondern permanent bereit sei, an der Gestaltung Wiens mitzuarbeiten. Informationen zu besitzen dürfte nicht nur das Privileg weniger sein, sondern sei das Recht jedes einzelnen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Edlinger den Vorwurf, der Presse- und Informationsdienst sei reine Parteipropaganda, entschieden zurück. Als Beispiele für die überparteiliche Tätigkeit des PID nannte er unter anderem die täglich erscheinende "Rathaus-Korrespondenz" sowie die Rathaus-Information als eine echte Serviceeinrichtung, die bisher bereits von rund 25.000 Telefonbeziehungsweise 9.000 Telefonbandanrufen frequentiert wurde und fast 100.000 Wienerinnen und Wienern Rat und Hilfe geboten hat. Weiter nannte er die zahlreichen Aktivitäten des PID auf dem Sektor der Personalwerbung, den täglichen "Tip vom Rathausmann" sowie die Zeitschrift "wien aktuell", die einen echten Beitrag zur Information der Bevölkerung leistet.

Als beispielsweise die Abbruchsspekulanten noch kurz vor Inkrafttreten der von den Sozialisten angestrebten bundesgesetzlichen Regelung ihr Scherflein auf Kosten des ärmsten Teiles der Wiener Bevölkerung ins Trockene bringen wollten, war eine vom PID vorbereitete Kampagne des Bürgermeisters dazu gedacht, die Betroffenen über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren. Diese Kampagne könne wohl nur dann als Parteipropaganda betrachtet werden, falls man sich mit den Praktiken der Spekulanten identifiziere.

Die Bürger der Stadt hätten ein Recht darauf, über die Leitlinien der Kommunalpolitik informiert zu werden. Und zwar durch die Träger dieser Kommunalverwaltung - und dies sei eben die Gemeinde Wien selbst.

Wo bleibt Informationsbüro?

In seiner Replik wandte sich GR. Daller (ÖVP) gegen die Behauptung, die ÖVP wolle bei der von ihr angestrebten Kürzung der Budgetmittel für den Presse- und Informationsdienst auch die Personalwerbung für Krankenschwestern und Diplompfleger kürzen. Dies sei nicht richtig, da für die Personalwerbung eine andere Ausgabenpost bestehe.

Der Redner bekrittelt weiter, daß die gesamte publizistische Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes von "wien aktuell" über die Broschüren den Charakter der Werbung und zwar der Werbung für ideologische Zwecke trage. Dies zeige sich schon an der aufwendigen Gestaltung. Abschließend wies der Redner darauf hin, daß das von Bürgermeister Gratz angekündigte Informationsbüro noch immer nicht verwirklicht worden sei.

Alles für Umweltschutz

Amtsf. Stadtrat Schieder (SPÖ) wies den ÖVP-Vorwurf zurück, daß die Stadtverwaltung der Luftverschmutzung zu wenig Augenmerk schenke. Sie tue alles, was im Bereich ihrer Möglichkeiten liege. Er müsse allerdings darauf aufmerksam machen, daß die Luftverunreinigung durch Gewerbebetriebe Bundesangelegenheit sei. Die Behauptung, die Stadt sei dafür zuständig, sei daher falsch. Auch eine Beschränkung der Abgase der Kraftfahrzeuge könne nur vom Bund verfügt werden. Im Wiener Memorandum wird eine solche Beschränkung vom Bund verlangt. Die Behauptung, das Land sei zuständig, entspreche daher nicht den Tatsachen.

Was die Verschmutzung der Luft durch die Beheizung anlange, sei tatsächlich das Bundesland zuständig. Hier seien aber zahlreiche gesetzliche Initiativen zur Beschränkung der Luftverschmutzung bereits verwirklicht und teilweise im Stadium der Verwirklichung.

Auch das Fehlen eines Smog-Alarmplanes könne nicht der Stadt und ihren politischen Repräsentanten in diesem Bereich angelastet werden. Auch in diesem Fall sei der Bund zuständig. Er, Schieder, warte ab, ob das Gesundheitsministerium in der nächsten Zeit ein Luftreinhaltegesetz, das natürlich auch einen Smog-Alarmplan beinhalten muß, vom Parlament verabschiedet wird. Sollte dies nicht der Fall sein, werde er dafür sorgen, daß in jenen Bereichen, bei denen das Land zuständig ist, Landesnormen festgesetzt werden. Eine Anregung von GR. DDr. Strunz, die Messung von krebserregenden Stoffen in der Wiener Luft einzubeziehen, nehme er gerne entgegen. Die neuen Geräte der Luftmeßzentrale ermöglichen Kontrollen dieser Art.

Zur Kritik an der Informationstätigkeit der Stadtverwaltung und den Kosten: Wenn man sich zu einer umfassenden Information bekenne, könne man nicht im gleichen Atemzug die Kosten für diese Information ablehnen. Man müsse sich auch zu den Kosten

bekennen. Doch dies sei offensichtlich bei der ÖVP nicht der Fall. Wenn es nach den Vorstellungen der ÖVP-Fraktion ginge, dann gäbe es keine Broschüren mit umfangreicherem Inhalt, dann gäbe es keine bessere Information der Bürger, dann gäbe es keine besseren Postwürfe, dann gäbe es keine umfassendere Informationsübermittlung an die Massenmedien, dann gäbe es überhaupt keine Informationsinitiativen mehr, dann gäbe es bestenfalls unzulängliche Improvisation.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, 12. Dezember, nach der Sitzung des Wiener Landtages, die um 9 Uhr beginnt, fortgesetzt. Kapitel: Wohnen und Liegenschaftswesen sowie restliche Tagesordnung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

die neuen gaspreise

15 wien, 11.12. (rk) in einer pressekonferenz im rathaus informierte buergermeister leopold g r a t z am mittwoch ueber die neuen preise der wiener gaswerke: der preis fuer eine megacalorie wird beim haushaltstarif von 20.23 auf 30.65 groschen, das sind rund 51 prozent, beim gewerbe- und industrietarif von 18.72 auf 29.14 groschen, das sind rund 55 prozent, erhoehrt. die neuen gaspreise gelten ab 1. jaenner 1975.

buergermeister gratz teilte mit, dass mittwoch vormittag die verhandlungen mit den interessenvertretungen stattgefunden haben. daraufhin habe er, dem als Landeshauptmann die entscheidung als preisbehoerde uebertragen wurde, diese entscheidung getroffen.

ursache der preiserhoehung sind die enorm gestiegenen preise fuer erdgas. im kommenden jahr wird das sowjetische erdgas um 128 prozent, das oesterreichische erdgas um 70 prozent teurer sein. diese verteuerungen koennen die gaswerke unmoeglich aus eigenem tragen, sie muessen an die kunden weitergegeben werden.

stadtwerke-generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r verwies darauf, dass der gaspreis seit 1951 unveraendert war, eine wohl einmalige erscheinung im wirtschaftsleben. die wesentlichen kosten der gaswerke, etwa fuer personal, rohrleitungen, zaehler usw., sind seither auf das fuenfache gestiegen. nur ausserordentliche rationalisierungen haben es ermoeglicht, diese kostenerhoehungen bisher zu tragen. so wurde der personalstand der gaswerke trotz gestiegener belastung seit 1951 um 44 prozent gesenkt.

im preisantrag der stadtwerke waren ausser der nun festgelegten erhoehung auch eine erhoehung der zaehlergebuehr um 53 prozent und ein baukostenzuschuss fuer gasheizungen von 10 groschen je kilokalorie anschlusswert vorgesehen. Landeshauptmann g r a t z hat diese beiden erhoehungen abgelehnt. sie waeren, wie er dazu erklaerte, sachlich gerechtfertigt gewesen. es solle aber eindeutig klargestellt werden, dass es nur darum gehe, die aus dem ausland gekommene gasverteuerung abzudecken und nicht gleichzeitig auch andere tarifprobleme zu loesen. den baukostenzuschuss habe er ueberdies aus gruenden des umweltschutzes abgelehnt: die stadt ist daran interessiert, ./.

dass moeglichst viele auf die umweltfreundliche gas-
heizung uebergehen, die dank der umstellung auf erdgas auch fast
uneingeschraenkt angeboten werden kann. deshalb soll fuer diese
heizung auch ein finanzieller anreiz gegeben werden, der bei ein-
hebung eines baukostenzuschusses wegfallen wuerde.

durch die streichung der beiden vorgeschlagenen er-
hoehungen kann die "geldluecke" der wiener stadtwerke, die
vor den tariferhoehungen fast eine milliarde schilling ausgemacht
hat, nicht ganz geschlossen werden. es bleibt ein offener rest
von rund 50 millionen.

buergermeister gratz kam auch auf seinen in einer wiener
tageszeitung veroeffentlichten vorschlag zu sprechen, der auto-
fahrer zum umsteigen auf die oeffentlichen verkehrsmittel ver-
anlassen soll: die autofahrer sollen einen zuschlag zur kraft-
fahrzeugsteuer bezahlen, dafuer koennen sie mit dem zulassungs-
schein die oeffentlichen verkehrsmittel gratis benuetzen.

die kraftfahrzeugsteuer betraegt derzeit zwischen 444 und
2.700 schilling im jahr und erbrachte 1973 in wien rund
275 millionen s. nimmt man an, dass ein viertel der 385.000 wiener
autofahrer von diesem angebot gebrauch machen wuerde, so wuerde
eine verdopplung der kraftfahrzeugsteuer ungefaehr jenen
betrag ergeben, den die monatsnetzkarten fuer diese "umsteiger"
kosten wuerden. der autofahrer, der von diesem angebot gebrauch
macht, koennte aber bei einem mittelklassenwagen um nur 60 s
monatlich die oeffentlichen verkehrsmittel jederzeit benuetzen.

man muesse, sagte gratz, endlich aus einem teufelskreis
herauskommen. gegenwaertig komme die strassenbahn zu langsam
weiter, weil zu viele autos auf den strassen sind. dadurch ist sie
unattraktiv, und weitere leute steigen auf das eigene fahrzeug um.
dadurch gibt es noch mehr autos auf den strassen, die strassen-
bahn kommt noch langsamer weiter und wird noch unattraktiver.

wenn es tatsaechlich gelingt, durch den neuen vorschlag -
den der buergermeister uebrigens einem telefonanruf eines wiener
buergers verdankt - einen nennenswerten teil der autofahrer zum

umsteigen zu veranlassen, so ist ein wichtiger schritt zur durchbrechung dieses teufelskreises getan. gratz kuendigte eine stichprobenerhebung und eine praktische erprobung des vorschlags an.

auf die frage, ob die wiener verkehrstarife eine groessere zahl zusaetzlicher fahrgaeste ueberhaupt bewaeltigen koennten, verwies stadtrat franz nekula auf die "pickerltage" am jahresbeginn, wo keine groesseren probleme entstanden.

1552

k o m m u n a l :

=====

volksbefragung ueber massenverkehrsmittel

20 wien, 11.12. (rk) buergermeister leopold g r a t z hat, wie mittwoch abend im hoerfunkt und fernsehen berichtet wurde, die absicht, im kommenden jahr eine volksbefragung durchzufuehren. thema dieser volksbefragung soll die attraktivierung der oeffentlichen verkehrsmittel sein.

1801

ortstaxe neu festgesetzt

3 wien, 11.12. (rk) einstimmig hat der finanzausschuss des gemeinderates eine novelle zum fremdenverkehrsfoerderungsgesetz genehmigt. mit diesem gesetz wird auch die ortstaxe, die zur finanzierung der fremdenverkehrsfoerderung von den beherbergungsbetrieben eingehoben wird, neu festgesetzt. gegenueber dem urspruenglichen entwurf der novelle kam es dabei durch einen gemeinsamen antrag von spoe und oevp zu einer aenderung. danach entfaellt die ortstaxe bei einem beherbergungsentgelt bis 20 schilling fuer 24 stunden. bei 20 bis 50 schilling betraegt sie 2 schilling, bei 100 bis 150 s macht sie 4 s aus. sie steigt progressiv weiter bis zu 18 s bei einem beherbergungsentgelt von mehr als 1.000 s pro tag.

die gesetzesnovelle wird donnerstag im wiener landtag behandelt werden.

1000

k u l t u r :

=====

bildfolgen aus einem schauspielerleben

13 wien, 11.12. (rk) szenenfotos begleiten rosa albach-rettys weg von ihrer ersten beruehrung mit den theaterbrettern bis zum abschied vom theater durch alle stationen ihrer grossen buehnenkarriere. die wichtigsten aus dieser fuelle praesentiert das historische museum der stadt wien in seiner donnerstag eroeffneten "geschenkausstellung" zum bevorstehenden 100. geburtstag der schauspielerin.

theaterzettel, kostueme, die "die albach-retty" einst getragen und buehnenmobiliar, zwischen dem sie sich bewegt hat, ergaenzen diese exposition ebenso wie eine auswahl aus der verehrerpost, aber auch aus dem privaten briefwechsel der kuenstlerin aus vielen jahrzehnten. dazwischen laechelt die noch immer agile jubilarin von fotos, die erst vor wenigen tagen in ihrem refugium im badener kuenstlerheim geschossen wurden. bei der gestaltung der ausstellung stand die ruestige hunderterin der direktion des historischen museums mit vielen guten ratschlaegen und ihrem nie versagenden erinnerungsvermoegen zur verfuegung. nostalgisches schwelgen in theatererinnerungen wird diese sonderschau im historischen museum der stadt wien am karlsplatz allen albach-retty-fans bis 2. februar moeglich machen. die ausstellung wird (wie das historische museum selbst) durchgehend, ausser am 25. dezember, am 1. jaenner und an allen montagen, geoeffnet sein.

ab dem 1. jaenner gelten die durch die arbeitszeitverkuerzung notwendig gewordenen neuen oeffnungszeiten des historischen museums: dienstag, mittwoch und freitag von 10 bis 16 uhr, donnerstag von 10 bis 19 uhr, samstag von 14 bis 18 uhr, sonn- und feiertags von 9 bis 13 uhr.

s p o r t :

=====

jahresrueckblick auf die leistungen der stadt wien fuer den sport

1 wien, 11.12. (rk) sportstadtrat kurt h e l l e r gab jetzt einen jahresrueckblick ueber die arbeit der wiener stadtverwaltung bezueglich der leistungen fuer den sport in wien.

im jahre 1974 war es gelungen, besonders viele menschen zu aktiver koerperlicher betaetigung zu bewegen. es konnte ein groesseres angebot an sportstaetten, auch fuer nicht-vereinsmitglieder, gemacht werden. grosszuegige investitionen brachten multifunktionale freizeitzentren.

die arbeiten an den bauvorhaben 'hallenstadion' im prater und 'sportzentrum west' in huetteldorf wurden vorangetrieben. der ausbau des 'schwimmsportzentrums wiener stadion' konnte rechtzeitig zu den europameisterschaften 1974 im schwimmen, springen und wasserball abgeschlossen werden. die arbeiten an den sportanlagen heubergstaetten, kandlerstrasse und brigittenauer laende, wurden planmaessig fortgesetzt. die anlage des wiener sportklubs erhaelt eine flutlichtanlage. mit der ausgestaltung des badeteiches hirschstetten entsteht ein neues zentrum im naeherholungsbereich der stadt wien.

die hohe-wand-wiese erhielt eine zweite rohrleitung zur erzeugung kuenstlichen schnees. auf der himmelhofwiese entstand durch die fertigstellung der schlepliftanlage ein neues skisportzentrum.

das wiener landessportgesetz bildete die grundlage fuer die konstituierung der wiener landessportorganisation. die gremien dieser organisation (wiener landessportamt, wiener landessportpraesidium, wiener landessportfachrat) haben ihre taetigkeit aufgenommen und bilden die geeignete plattform fuer alle zur loesung der probleme des sports erforderlichen beratungen.

das sportamt betreibt derzeit 20 jugendspielplaetze und 44 oeffentlich zugaengliche ball- und kinderspielplaetze.

die betriebskosten fuer die staedtischen turnsaele und sporthallen sowie schwimmballen und die von der wiener stadthalle ver-

walteten trainingsanlagen wurden vom sportamt der stadt wien uebernommen.

die mittel fuer die direkte sportfoerderung der ma 51 werden konsequent jahr fuer jahr erhoeht. so konnten 1974 einschliesslich des sportgroschens und der foerderung aus den ertraegnissen der vergnuegungssteuer beihilfen in der hoehe von 67,500.000 s gewahrt werden. es wurden somit die schwimm-em 1974, die em im badminton sowie die vorbereitungen fuer die weltmeisterschaften 1975 im judo durch bereitstellung namhafter betraege ermoeeglicht. mehr als zehn millionen schilling wurden den wiener bundes- und national-ligavereinen zur verfuegung gestellt.

besonderen zuspruch erfreuten sich die jugendsportaktion wie 'sportplatz der offenen tuer', 'jugendeislaufaktion', 'fahrt zum schnee', 'lernt schwimmen', 'talent', 'mutter-kind-schwimmen', 'vater-kind-schwimmen'.

die vom sportamt der stadt wien angebotenen sportaktionen erfahren durch die aktion 'lehrlingssport' eine weitere bereicherung. durch diese aktion sollen die etwa tausend wiener rathauslehrlinge erfasst und in moeglichst grosser zahl fuer vernuenftige sportliche betaetigung gewonnen werden.

neben den 372 turnsaelen, so fuehrte heller aus, stehen den wiener sportorganisationen auch die staedtischen sporthallen in der wendstattgasse, in kaiser-ebersdorf in der pastorgasse und in der steinergasse zur verfuegung.

gerade auf dem gebiet des sporthallenbaus ist in naechster zeit mit der weiteren verwirklichung des bauprogrammes gemaess dem sporthallenkonzept zu rechnen.